

NOVEMBER '25 / N°4



GREENFO

MAGAZIN DER GRÜNEN SCHWEIZ

> MEHR FÜR DEN KLIMASCHUTZ: JA ZUR INITIATIVE FÜR EINE ZUKUNFT	3
> MERCOSUR: WENN FREIHANDEL DEN PLANETEN ZERSTÖRT	6
> KLIMAFONDS: 2026 KORRIGIEREN WIR DIE IRRFAHRT DER BÜRGERLICHEN	7





Die Delegierten der GRÜNEN Schweiz haben im Jura den Endsprint für die Solarinitiative lanciert.

AUF DEM WEG ZUR SOLARZUKUNFT

Wir haben nur noch vier Wochen Zeit, um die 100'000 gültigen Unterschriften für die Solarinitiative zu sammeln. Gemeinsam mit euch können wir dieses Ziel erreichen. Euer Engagement zählt: Vielen Dank!

Wenn wir es geschafft haben, können wir stolz auf diesen Erfolg sein. Seit mehr als zehn Jahren haben die GRÜNEN keine Volksinitiative mehr eigenständig lanciert, gesammelt und eingereicht. Damit prägen wir in einem entscheidenden Moment die politische Agenda: Wir sind die Partei, die angesichts der Klimakrise den Weg weisen muss. Denn jetzt entscheidet sich unsere Zukunft: Wollen wir Solarenergie oder Kernenergie und fossile Energien? Bundesrat Albert Rösti träumt von einem neuen Kernkraftwerk in der

Schweiz und sabotiert bewusst die Energiewende. Mit seinem Solarenergie-Bashing, mit welchem er fälschlicherweise behauptet, dass es im Sommer zu viel Solarenergie gibt, oder mit welchem er versucht, hintergründig die finanziellen Förderungen zu streichen, schafft er eine Unsicherheit, die den Solarboom untergräbt. Wer profitiert davon? Die fossilen Energien. Zum Nachteil des Klimas.

Die Solarinitiative liefert die Lösungen, die wir dringend brauchen: Sie garantiert die Entwicklung der Solarenergie in der Schweiz. Denn wir sind noch weit davon entfernt, ihr volles Potenzial auszuschöpfen, das genauso hoch ist wie unser derzeitiger Stromverbrauch. Sie schafft sichere Rahmenbedingungen, die Investitionen

garantieren. Und sie schützt die Natur, indem sie auf bestehende Gebäude und Infrastrukturen setzt.

All das ist deutlich attraktiver als ein Kernkraftwerk, das Milliarden kostet, über Jahrtausende radioaktiven Müll hinterlässt und unsere Abhängigkeit vom Ausland, vor allem von Russland, durch den fortlaufenden Import von Uran noch verstärkt. Ganz zu schweigen von der realen Gefahr, die von der Kernenergie ausgeht.

Vielen Dank für euer Engagement. Es ist unglaublich wertvoll für unsere grüne Zukunft!

Lisa Mazzone
Präsidentin GRÜNE Schweiz
📧 lisazzone

Impressum

Greenfo – Magazin der GRÜNEN Schweiz
Waisenhausplatz 21, 3011 Bern
031 326 66 00
www.gruene.ch – gruene@gruene.ch
Auflage: 8800 Exemplare
Redaktion: Marjorie Spart, Florian Wüstholtz
Übersetzung: Florian Wüstholtz
Layout: Susanne Gafner
Druck: Bubenberg Druck
Fotos: GRÜNE Schweiz (S. 1, 2), Monika Flückiger (S. 3, 4, 5, 6, 7), Victor R. Caivano/dpa (S. 6), Marc Wieland/unsplash (S. 7), zvg (S. 8)

Erscheint vierteljährlich
Jahresabonnement: CHF 20
(für Mitglieder im Mitgliederbeitrag inbegriffen)

Unterstützen Sie die GRÜNEN mit Ihrer
Spende: IBAN CH02 0900 0000 8002 6747 3
oder www.gruene.ch/spenden

ABSTIMMUNGEN VOM 30. NOVEMBER

JA

INITIATIVE FÜR EINE ZUKUNFT

Eine Initiative, die den Klimaschutz vorantreibt
UND die wachsenden Ungleichheiten bekämpft

NEIN

SERVICE-CITOYEN-INITIATIVE

Solange Ungleichheit herrscht, kommt eine
Dienstpflicht für alle nicht in Frage

JA ZUR INITIATIVE FÜR EINE ZUKUNFT!

Jedes Jahr werden Milliarden vererbt. Es wird Zeit, dass ein Teil dieses Geldes gerecht verteilt wird. Auch für den Klimaschutz.

Wer erbt, hat nichts dafür geleistet. Es ist reines Glück und Zufall, in welche Familie ein Kind geboren wird. Ob es in Armut oder in Reichtum aufwächst. Das Vererben von Reichtum steht volkswirtschaftlich quer. Weil Hunderttausende in Armut leben, während wenige den Grossteil des Vermögens besitzen; weil viele Menschen für ihr Geld hart arbeiten müssen, während es wenigen einfach in die Wiege gelegt wird; weil das ganze Land und die ganze Welt unter der Klimakrise leidet, für die wenige die Hauptverantwortung tragen. Niemand kann im Alleingang sparen. Man profitiert von den Annehmlichkeiten, die die Schweiz bietet, von den Leistungen des Service Public. Das muss gerechter werden.

Die Initiative für eine Zukunft der JUSO setzt hier an und will eine Erb-

schaftssteuer von 50% einführen – ab einem grosszügigen Freibetrag von 50 Millionen Franken. Ab diesem Betrag ist es nur anständig, der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Die dreihundert Reichsten der Schweiz haben in nur vier Jahren mehr als 125 Milliarden Franken an Vermögen dazugewonnen. Gleichzeitig muss der Bund sparen und präsentiert ein Sparpaket, das jene Reichsten problemlos bezahlen könnten. Es sind die Überreichen, welche die Klimakrise vorantreiben: Das reichste Prozent der Weltbevölkerung verursacht so viel CO₂ wie die ärmsten zwei Drittel der Welt. Und es sind jene zwei Drittel, die am stärksten unter Wasserknappheit, überfluteten Küstengebieten, Hunger und Hitzewellen leiden. Es ist dringend notwendig, dass die Ultra-Reichen einen anständigen

Beitrag an die Gesellschaft zurückgeben – auch, um die von ihnen verursachten Schäden an der Natur zu bezahlen; zum Beispiel durch die Finanzierung eines Klimafonds, wie ihn die GRÜNEN und die SP fordern. Denn das Geld aus der Erbschaftssteuer soll für dringend nötige Investitionen in den Klimaschutz, in Soziales oder in die Bildung eingesetzt werden.



Katharina Prelicz-Huber
Nationalrätin ZH
kpreliczhuber.bsky.social

EIN KLARES NEIN ZUR SERVICE-CITOYEN-INITIATIVE

Die Service-Citoyen-Initiative will die aktuelle Wehrpflicht durch eine «Bürgerdienstpflicht» für alle ersetzen. Hinter der attraktiven Fassade birgt das Projekt gravierende Probleme: Es bedeutet Zwang statt Freiwilligkeit.

Mit der «Bürgerdienstpflicht» müssten alle Schweizer*innen einen sechsmonatigen Pflichtdienst leisten, sei es in der Armee, im Zivildienst, im Sozialbereich oder im Umweltbereich. Auf den ersten Blick verlockend: Das bürgerschaftliche Engagement wird aufgewertet und die Sicherheit auf klimatische und soziale Herausforderungen ausgeweitet. Doch es gibt vier Hauptgründe, warum die GRÜNEN klar Nein dazu sagen.

1. Zwang statt echter Freiwilligkeit

Wir kämpfen seit langem dafür, dass der Zivildienst auch Frauen offensteht. Diese Entscheidung muss jedoch freiwillig bleiben. Ein erzwungener Dienst ist kein Engagement, sondern Zwangsarbeit.

2. Keine freie Wahl, sondern Vorrang der Armee

Der Initiativtext gibt der Armee und dem Zivildienst Vorrang. Auch Frauen könnten zum Militärdienst gezwungen werden. Schlimmer noch: Die Initiative schafft auch den Zivildienst als Alternative zum Militärdienst ab. Ein Widerspruch zum Grundrecht auf Gewissensfreiheit.

3. Rückschlag für die Gleichstellung

Frauen leisten zwei Drittel der unbezahlten Carearbeit in der Schweiz. Ihnen zusätzlich einen obligatorischen Dienst ohne angemessene Entlohnung aufzuerlegen, verstärkt die Ungleichheiten.

4. Risiko für faire Löhne

Mehr Menschen, die einen Dienst leisten müssen, würden auch soziale und

wirtschaftliche Probleme schaffen. Wer garantiert, dass dies nicht echte Arbeitsplätze ersetzt und zu Lohndumping in Bereichen führt, in denen bereits überwiegend Frauen beschäftigt sind?

Die Service-Citoyen-Initiative will unter dem Deckmantel der Solidarität eine Zwangsmassnahme durchsetzen. Wir GRÜNE hingegen wollen das freiwillige Engagement fördern, den Zivildienst stärken und Freiwilligenarbeit für die Gemeinschaft und die Umwelt stärker wertschätzen. Darum klar und deutlich: NEIN zur Service-Citoyen-Initiative.



Balthasar Glättli
Nationalrat ZH
bglättli.bsky.social



Die GRÜNE Fraktion setzt sich mit aller Kraft für das Klima, die Biodiversität und die Gleichstellung ein – in einem Parlament, das immer weiter nach rechts rückt.

GRÜNE HALBLEGISLATURBILANZ: OPPOSITION WIRKT

Bei den Wahlen 2023 haben wir GRÜNE unser zweitbestes Resultat erzielt. Die aktuellen Wahlumfragen bestätigen unsere Stärke. Mit der Bevölkerung an unserer Seite konnten wir trotz Rechtsrutsch im Parlament die schlimmsten Rückschritte bei Klima und Gleichstellung verhindern. Bis zu den Wahlen 2027 werden wir uns weiterhin lösungsorientiert für eine solidarische und lebenswerte Zukunft einsetzen. Denn wir sind der Wandel. Wir übernehmen Verantwortung. Und wir schaffen Zukunft.

Seit dem Rechtsrutsch von 2023 versucht die konservative und rechtsbürgerliche Mehrheit des Parlaments und des Bundesrats das Rad der Zeit zurückzudrehen. Auf die Legislatur des Aufbruchs folgt damit die Legislatur des Stillstands und Rückschritts. Aber die Schweiz braucht keinen Stillstand, sondern ökologischen und sozialen Fortschritt. Wir GRÜNE setzen uns deshalb im Bundeshaus für eine lebenswerte Zukunft ein und präsentieren gangbare Lösungen für jene Probleme, denen sich der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien im Parlament systematisch verweigern.

Seit zwei Jahren nutzen wir den Spielraum für Lösungen in Bundesbern dort, wo er sich ergibt: Zum Beispiel beim wichtigen Neuanlauf für eine staatliche e-ID, die unser Nationalrat Gerhard Andrey aufs politische Tapet brachte und die im September den Weg über die Ziellinie an der Urne geschafft hat. Aber auch bei der Stärkung der Kreislaufwirtschaft, dem Verbot elektronischer Wegwerfzigaretten oder dem Importverbot für Pelze und Pelzprodukte aus tierquälerischer Produktion.

Daneben haben wir uns für die Einführung der Individualbesteuerung und

einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus eingesetzt. Die Einführung von Stalking als Straftatbestand und dass der Bund endlich eine Statistik über Feminizide führen muss, wurde massgeblich durch den Einsatz der GRÜNEN im Bundeshaus vorangetrieben. Es sind wichtige Schritte, um der Bedrohung durch geschlechtsspezifische Gewalt endlich etwas entgegenzusetzen.

Grüne Erfolge an der Urne und im Parlament

Daneben haben wir mit Nachdruck daran gearbeitet, diverse einschneidende umwelt- und gesellschaftspolitische Rückschritte zu verhindern, welche die bei den Wahlen gestärkte bürgerliche Mehrheit durchdrücken wollte. Dank konsequenten Referendumsdrohungen konnten wir bereits im Parlament die Tonnagesteuer versenken – mit der ein neues Steuerschlupfloch für Rohstoffmultis geschaffen worden wäre – und eine Aushöhlung des Umweltschutzgesetzes zumindest abschwächen. Ohne den Widerstand der GRÜNEN wäre das Verbandsbeschwerderecht für die grossen Wasserkraftprojekte wohl ganz ausgehebelt und der Naturschutz weiter geschwächt worden.

Mit der Stimmbevölkerung im Rücken konnten wir an der Urne sowohl einen massiven und klimaschädlichen Autobahnausbau, eine weitere Senkung der Frauenrenten als auch die Angriffe auf das Mietrecht verhindern. Das Resultat: Wir GRÜNE haben in dieser Legislatur 10 von 15 Volksabstimmungen und jeden Referendumskampf gewonnen – ein eindeutiges Zeichen, wie krass die rechtsbürgerliche Mehrheit im Parlament und im Bundesrat an der Bevölkerung vorbeipolitisiert. Ein Zeichen aber auch, dass es uns GRÜNE mehr denn je braucht, um eine solidarische und lebenswerte Zukunft zu schaffen.

All das zeigt auch: Wir befinden uns mitten in einer Referendumslegislatur. Wir GRÜNE sind bereit, die gravierendsten Rückschritte im Parlament zu verhindern und an der Urne zu versenken. Und wir haben in dieser Legislatur gezeigt, dass wir dazu in der Lage sind und dass wir in der Klima- und der Gleichstellungspolitik eine Vetoposition einnehmen können.

Der Kampf gegen Rückschritte geht weiter

Auch die zweite Legislaturhälfte wird für uns GRÜNE durch das Verhindern von Rückschritten in der Klima- und Umweltpolitik sowie in der Gleichstellungspolitik geprägt sein. Bereits in der Wintersession geht es im Ständerat darum, das unnötige und zukunftsfeindliche Sparpaket des Bundesrates zu versenken. Dieses führt zu einem Kahlschlag im Klima- und Umweltschutz (zum Beispiel mit massiven Kürzungen beim Gebäudeprogramm) und bei der Chancengerechtigkeit (unter anderem mit Verdoppelung der Studiengebühren) sowie zu Rückschritten in der Mobilitätspolitik (Verteuerung des öffentlichen Verkehrs).

Auch gegen die Pläne von Bundesrat Rösti, neue AKW in der Schweiz zuzulassen, sind wir GRÜNE mit einem Referendum bereit. Eine Rückkehr ins Atomzeitalter – und damit die Sabotage der Energiewende, das Verschleudern von Milliarden von Steuergeldern sowie die Gefahr von nuklearen Unfällen – werden wir unter keinen Umständen akzeptieren und sie entweder im Parlament oder spätestens an der Urne verhindern.

Grüne Lösungen liegen bereit

Unser Gestaltungswille erschöpft sich natürlich nicht im Verhindern von Rückschritten. Wir wollen die Zukunft positiv gestalten. Darum schlagen wir mit unseren Volksinitiativen in der Klima- und Gleichstellungspolitik Lösungen für diejenigen Probleme vor, denen sich der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien im Parlament systematisch verweigern.

2023 hat sich die Stimmbevölkerung deutlich zum Netto-Null-Ziel bis 2050 bekannt und sich ein Jahr später mit dem Stromgesetz für die Energiewende und mehr Klimaschutz ausgesprochen. Um die nötigen Investitionen für dieses Generationenprojekt bereit zu stellen,

haben wir GRÜNE zusammen mit der SP die Klimafonds-Initiative lanciert. Nach der Diskussionsverweigerung durch das Parlament wird die Stimmbevölkerung bereits im kommenden Jahr die Gelegenheit haben, die klimapolitische Irrfahrt des Parlaments zu korrigieren.

Die Solar-Initiative, welche wir GRÜNE noch in diesem Jahr einreichen werden, wird die Energiewende ebenfalls massiv beschleunigen. Sie stellt eine entscheidende Weichenstellung hin zur Erreichung der Schweizer Klimaziele dar. Auch in der Familien- und Gleichstellungspolitik geben wir uns mit Stillstand nicht zufrieden. Die überdeutliche Annahme des zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubs hat bereits gezeigt, dass die Schweizer Stimmbevölkerung die Rote Laterne in der Familienpolitik abgeben will. Deshalb haben wir die Volksinitiative für eine paritätische Familienzeit von je 18 Wochen lanciert, welche im nächsten Jahr eingereicht wird.

Gemeinsam zum Richtungswechsel

Um echten Wandel und Fortschritt in einer ungewissen Weltlage zu gestalten, braucht es spätestens bei den Wahlen 2027 einen politischen Richtungswechsel – im Parlament und im Bundesrat. Wir GRÜNE sind gemeinsam mit dir bestens dafür aufgestellt: Fast 15'000 Mitglieder – so viele wie noch nie – unterstützen mittlerweile unseren Einsatz für eine ökologische, soziale und lebenswerte Zukunft.

All das zeigt: Wir GRÜNE sind bereit für die zweite Hälfte dieser Legislatur. Und wir sind bereit, bei den Wahlen 2027 ein Zeichen für die Zukunft zu setzen!



Aline Trede
Nationalrätin BE
Fraktionspräsidentin
[alinetrede.bsky.social](https://www.alinetrede.bsky.social)

NEIN ZUM SCHÄDLICHEN MERCOSUR-ABKOMMEN

Die Schweiz will mit den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay) ein neues Freihandelsabkommen abschliessen. Doch das Abkommen schadet dem Klima und ist schlecht für die Schweizer Landwirtschaft und die indigene Bevölkerung in den Mercosur-Staaten. Das akzeptieren die GRÜNEN nicht.

Mitte September unterzeichnete Bundesrat Guy Parmelin das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten. Damit dürfen diese Staaten in Zukunft zum Beispiel pro Jahr 3000 Tonnen Rindfleisch – das sind 15 Millionen Steaks – oder 7 Millionen Flaschen Wein zollfrei in die Schweiz importieren.

Diese Importe beschleunigen die weitere Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes durch Brandrodung für Weideflächen und Futtermittelanbau – und heizen den Klimawandel weiter an. Auch, weil Rindfleisch über weite Strecken grösstenteils mit dem Flugzeug in die Schweiz transportiert würde und weil viele landwirtschaftliche Flächen auf abgeholztem Amazonas-Gebiet stehen. Der Agrarfreihandel setzt darüber hinaus die Produzent*innen und Landwirt*innen in der Schweiz unter enormen Druck.

Keine verbindlichen Nachhaltigkeitskriterien

Das Mercosur-Abkommen enthält in

Sachen Nachhaltigkeit zwar einige Absichtserklärungen. Die Absicht ist gut. Verbindliche Nachhaltigkeitsanforderungen an die importierten Produkte – wie sie etwa beim Palmölabkommen mit Indonesien vorgesehen waren – fehlen aber. Ebenso fehlen griffige Mechanismen, um Verstösse gegen die Nachhaltigkeitsbestimmungen zu sanktionieren. Die Folge: Das Abkommen enthält keinerlei durchsetzbare Regeln, um das Klima und die Menschenrechte zu schützen.

Brasilien schwächt die Rechte der Indigenen und den Umweltschutz

Dies ist umso bedenklicher, da Brasilien zwei Gesetze angenommen hat, die den Umweltschutz und die Rechte von Indigenen weitgehend aushebeln könnten. Diese massiven Rückschritte widersprechen den internationalen Bestimmungen zum Schutz indigener Gemeinschaften, denen sich Brasilien verpflichtet hat. Mit dem Mercosur-Abkommen wird die industrielle Landwirtschaft in den Mercosur-Abkommen

gestärkt. Gleichzeitig werden die Rechte der Indigenen und der Umweltschutz in diesen Ländern geschwächt. Das sind besorgniserregende Entwicklungen, gegen die wir uns wehren müssen.

Insgesamt schadet das Mercosur-Abkommen der Schweizer Landwirtschaft, dem Amazonas-Regenwald – der Lunge unseres Planeten – und dem Klima. Und es gefährdet die Rechte der Indigenen in den Mercosur-Staaten. Grund genug, dass die GRÜNEN das Abkommen ablehnen und notfalls mit dem Referendum bekämpfen werden.

**JETZT UNSERE
PETITION
UNTERSCHREIBEN!**



Christine Badertscher

Nationalrätin BE

[c-badertscher.bsky.social](https://www.bsky.social/c-badertscher.bsky.social)

ANGRIFF AUF DEN ZIVILDIENTST: REFERENDUM LANCIERT!

Am 8. Oktober 2025 hat eine von den Jungen Grünen und GRÜNEN angeführte, breite Koalition das Referendum gegen die Revision des Zivildienstgesetzes lanciert. Das Parlament will den Zugang zum Zivildienst stark einschränken, indem es 40 % weniger Zulassungen forcieren will. Diese ungerechtfertigten Massnahmen verstossen gegen die Grundrechte – insbesondere gegen die Gewissensfreiheit – und zielen darauf ab, eine zentrale Säule des Milizsystems zu schwächen.

Diese bereits 2020 verworfenen Vorschläge tauchen nun unter dem Vorwand wieder auf, dass die Armee gestärkt werden müsse. Und das, obwohl diese bereits heute überbesetzt ist. Vor allem aber erfüllt der Zivildienst wesentliche Aufgaben in sozialen, gesundheitlichen, ökologischen und kulturellen Institutionen. Den Zivildienst zu torpedieren, bedeutet Spitäler, Pflegeheime, Schulen und die Landwirtschaft zu schaden. Danke, dass Sie das beige-

legte Referendum unterschreiben und in Ihrem Umfeld weitere Unterschriften sammeln.



Magdalena Erni

Co-Präsidium der
Jungen Grünen

[magdalenaerni_](https://www.bsky.social/magdalenaerni_)

GEMEINSAM GEWINNEN WIR DIE ABSTIMMUNG FÜR DEN KLIMAFONDS!

Im nächsten Jahr wird die von den GRÜNEN und der SP lancierte Klimafonds-Initiative zur Abstimmung kommen. Weil Bundesrat und Parlament sie ohne Gegenvorschlag und ernsthafte Diskussion ablehnen, werden wir mit einem deutlichen JA an der Urne diese klimapolitische Irrfahrt der Bürgerlichen korrigieren und eine lebenswerte Zukunft sichern.

Wir haben es dieses Jahr wieder erlebt: Eine Hitzewelle jagt die nächste, Schweizer Seen und Städte waren noch nie so warm, Murgänge verwüsten unsere Dörfer und Gletscher schmelzen ungebremsst. Jedes Extremwetterereignis erinnert uns daran, dass die Klimakrise real ist. Und dass sie unsere Lebensgrundlage und Gesundheit bedroht. Mit der Realitätsverweigerung des Parlaments wird sich dieser Trend nicht umkehren. Darum nehmen wir die Sache selbst in die Hand: Bereits im nächsten Jahr kommt unsere Klimafonds-Initiative zur Abstimmung!

2023 hat sich die Stimmbevölkerung mit dem Klimagesetz deutlich zum Netto-Null-Ziel bis 2050 bekannt und sich ein Jahr später mit dem Stromgesetz für die Energiewende und mehr Klimaschutz ausgesprochen. Nun ist es höchste Zeit, die nötigen Massnahmen umzusetzen: Der Ausstieg aus

den Fossilien oder die Anpassung unserer Städte, um sie vor Hitze und Überschwemmungen zu schützen. Aber auch die Unterstützung jener Länder im globalen Süden, die besonders stark von der Klimakrise betroffen sind. Diese dringend nötigen Massnahmen können nur dann ergriffen werden, wenn deren Finanzierung in der Verfassung garantiert ist. Genau das macht die Klimafonds-Initiative: Geld zur Verfügung stellen, um die Klimakrise wirksam einzudämmen und Anpassungen umzusetzen.

Die Zeit des Handelns ist jetzt

Die Dekarbonisierung von Mobilität und Wohnen nützt nicht nur der Gesundheit. Sie hilft auch der stark bedrohten Biodiversität. Die Wissenschaft ist sich einig: Wir erleben derzeit das sechste Massensterben – und zum ersten Mal ist dieses ausschliesslich auf menschliche Aktivität zurückzuführen.

Wir zerstören die Grundlagen des Lebens. In der Schweiz sind die Hälfte der Lebensräume und ein Drittel der Arten bedroht. Die Zeit des Handelns ist jetzt: Mit dem Klimafonds können wir natürliche Lebensräume wiederherstellen und die Begrünung städtischer Gebiete vorantreiben.

Um an der Urne zu gewinnen, bereiten wir eine starke Kampagne vor. Gemeinsam zum Ziel, genügend Mittel zu mobilisieren, um unsere Emissionen zu reduzieren und die Energiewende zu schaffen. Damit wir künftigen Generationen eine lebenswerte Zukunft ermöglichen.



Aline Trede
Nationalrätin BE
Fraktionspräsidentin
[alinetrede.bsky.social](https://www.alinetrede.bsky.social)

SOLAR-INITIATIVE: KNAPPER ENDSPIRT!

Am 10. Dezember werden wir unsere Solar-Initiative einreichen. **Doch bis Ende November fehlen noch 14'000 Unterschriften.** Jetzt ist die allerletzte Chance, um diese wichtige Initiative zu unterschreiben und die letzten Unterschriften zu sammeln, damit sie nicht schon vor der Abstimmung scheitert! Lass uns gemeinsam geeignete Dächer und Fassaden mit Solarpanels bedecken und die Energiewende vorantreiben.

Jede Unterschrift zählt!
Gemeinsam mit dir schaffen wir das!





FÜR EINE FEMINISTISCHE UND KLIMAGERECHTE ZUKUNFT

Anna-Béatrice Schmaltz: Feministische und umweltpolitische Anliegen bewegen mich seit meiner Kindheit und Jugend. Politisch und beruflich liegt einer meiner Schwerpunkte auf dem wichtigen Einsatz zur Verhinderung geschlechtsspezifischer Gewalt.

Aufgewachsen im Kanton Uri habe ich Diskussionen über zu viel Verkehr und Naturkatastrophen wie Steinschläge und Erdbeben von klein auf miterlebt. Durch die Streifzüge in der Natur mit meinem Grossvater und Bruder und später mit Freund*innen ist meine Naturverbundenheit seit meiner Kindheit ein wichtiger Teil meines Lebens. Das Beobachten von Vögeln ist noch immer eines meiner liebsten Hobbys.

Gegen Frauengewalt engagiert

In meiner Jugend begann ich mich für feministische Themen zu engagieren, da ich durch stereotype und sexistische Rollenbilder eingeengt wurde. Nach der Matura nahm ich das Studium der Sozialen Arbeit auf. In dieser Zeit wuchs mein Interesse an queer-feministischen Themen weiter und ich startete mein politisches Engagement in entsprechenden Kollektiven. 2019 half ich bei der Organisation des feministischen Streiks in Zürich mit. Der gemeinsame kraftvolle Einsatz für eine feministische Zukunft und zu erleben, dass wir gemeinsam viel bewirken können, hat mich stark geprägt und prägt mich noch heute.

Mein feministisches Engagement zeigt sich auch in meiner Arbeit als Programmverantwortliche Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt bei der feministischen Friedensorganisation Frieda. Dass in der Schweiz dieses Jahr bereits 25 Feminizide verübt wurden, zeigt den dringenden Handlungsbedarf. Denn diese Feminizide sind bloss die sichtbare Spitze des Eisbergs und zeigen, dass geschlechtsspezifische Gewalt in verschiedenen Formen in der Schweiz trauriger Alltag ist. Um diese Gewalt zu verhindern, braucht es facettenreiche und inklusive Massnahmen von Prävention, über Schutz und Unterstützung von Betroffenen, bis hin zu finanziellen Mitteln, Strafverfolgung und Arbeit mit Tatpersonen, so wie es auch die Istanbul-Konvention fordert. Dieses Übereinkommen des Europarates trat 2018 in der Schweiz in Kraft und muss endlich konsequent umgesetzt und politisch priorisiert werden.

Vom Aktivismus zur Politik

Meine Expertise in diesem Bereich kann ich auch politisch zielgerichtet einsetzen. In der Partei habe ich bei den Jungen Grünen und den GRÜNEN

zeitgleich gestartet. Seit 2022 darf ich als Gemeinderätin und seit 2023 als Co-Präsidentin der Stadtpartei die Politik der Stadt Zürich mitprägen – etwa durch Vorstösse wie ein nachbarschaftliches Gewaltpräventionsprojekt, Massnahmen zur Verhinderung von digitaler Gewalt oder der Barrierefreiheit von Schutzunterkünften. Weitere Themen wie Biodiversität, Kreislaufwirtschaft, soziale Gerechtigkeit und generell die Förderung von Gleichstellung und Antidiskriminierung bearbeite ich ebenfalls als politische Schwerpunkte.

Ich werde mich auch weiterhin für eine feministische, klimagerechte und solidarische Zukunft einsetzen und freue mich auf das gemeinsame Engagement mit den vielen tollen und kompetenten Menschen bei den GRÜNEN.

Anna-Béatrice Schmaltz
Gemeinderätin Stadt Zürich